



FDP Kreisverband Saarbrücken-Stadt

Kommunalwahlprogramm der FDP Saarbrücken zur Kommunalwahl 2024

Schwerpunkte und Leitlinien liberaler Kommunalpolitik in Saarbrücken

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Europa	2
Nachhaltige Stadtentwicklung	3
Digitalisierung der Verwaltung und Bürgerdienste	3
Wirtschaft	5
Sicherheit und Sauberkeit	6
Verkehr, Bauen und Wohnen	7
Bildung	8
Kultur	9
Gesundheit	10
Sport	11
Soziales	12
Finanzen und Haushalt	14
Visionen für ein fortschrittliches, liebens- und lebenswertes Saarbrücken	14
Schlusswort	16

Vorwort

Ziel liberaler Politik ist die Verbesserung der Lebensumstände der betroffenen Menschen. Kommunalpolitik zielt auf die Lebensumstände in unserer unmittelbaren Umgebung. Kommunalpolitik ist deshalb für jeden von uns von besonderer Bedeutung. Mit dem vorliegenden Programm zur Kommunalwahl am 9. Juni 2024 stellt die FDP Saarbrücken die Schwerpunkte und Leitlinien ihrer Politik in den nächsten Jahren in Saarbrücken vor.

Mittelpunkt bzw. Grundlage unserer politischen Forderungen ist der nachhaltige Schutz des Menschen in seiner Umwelt im Sinne einer langfristig zukunftsverträglichen Entwicklung. Alle Handlungen müssen deshalb stets vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, ihrer Auswirkungen auf unsere natürlichen Ressourcen und auf ihre Finanzierbarkeit überprüft werden. Zudem bedürfen Menschen mit Beeinträchtigungen besonderer Beachtung. Dementsprechend muss die Stadt Saarbrücken in ihrem eigenen Handeln ein Vorbild für die Gesellschaft darstellen.

Europa

Bei der Beurteilung der Aufgaben und Ansprüche, denen die Stadt gerecht werden muss, ist auch zu berücksichtigen, dass Saarbrücken als Landeshauptstadt des Saarlandes wie auch als Metropole im SaarLorLux-Raum etliche überregionale Funktionen erfüllen muss. Das ist für uns Freie Demokraten Antrieb und bleibende Verpflichtung, unser Saarbrücken europäisch zu denken und zu positionieren. In und um Saarbrücken sind mehrere internationale Einrichtungen und Organisationen ansässig, so z. B. das Verbindungsbüro EUROPE DIRECT, die Deutsch-Französische Hochschule, die Europäische Schule Saarland, das Max-Planck-Institut und das CISPA, die es nach besten Kräften zu fördern gilt.

Die FDP Saarbrücken fordert, dass

- Veranstaltungen organisiert werden, um Europa in der Stadtgesellschaft noch besser erlebbar zu machen,
- der Austausch im Städtetzwerk QuattroPole (Saarbrücken, Trier, Luxemburg, Metz) genauso intensiviert wird wie die Städtepartnerschaft mit Nantes,
- die Fremdsprachen-Kompetenz schon ab der KiTa gefördert wird,
- die Kooperation mehrerer Krankenhäuser im Eurodistrict SaarMoselle ausgebaut und auf die Nutzung ambulanter Angebote erweitert wird,
- der öffentliche Personennahverkehr über die Grenze gestärkt bzw. verbessert/gesichert wird, u.a. durch die Einbindung der Haltestellen in Saargemünd und Forbach in das Streckennetz des 49,- €-Tickets,
- zwischen Saarbrücken und Forbach eine Lösung gefunden wird, damit der TGV von Frankfurt nach Paris nicht innerhalb von 10 Kilometern zweimal hält, insbesondere zur Sicherung der TGV-Verbindung von Frankfurt am Main über Saarbrücken nach Paris,
- die Vermarktung der Region als Kongress- und Tagungsort sowie als touristische Destination noch stärker durch den „Raum der offenen Grenze“ geprägt wird,
- dass die Verbindungsbüros der Landesregierung in Paris und Brüssel noch stärker für die Vorzüge Saarbrückens im europäischen Kontext sensibilisiert werden.

Nachhaltige Stadtentwicklung

Die FDP ist der Überzeugung, dass sich Ökologie und Ökonomie nicht ausschließen, sondern gegenseitig sinnvoll ergänzen und in Zukunft stärker Hand in Hand gehen müssen. Hierbei setzen wir viel mehr auf Anreize und Technologieoffenheit als auf Verbote und Vorschriften. Ebenso sind wir der Überzeugung, dass die Öffentliche Verwaltung (der Staat) mit gutem Beispiel vorangehen muss, denn nur so nehmen wir die Bürger mit und begleiten sie.

Die FDP Saarbrücken fordert deshalb

- innerstädtische Naherholungsgebiete ebenso wie Wander- und Radwege zu erhalten, zu pflegen, hinreichend zu beschildern und zu bewerben,
- vorhandene Flächen durch Verdichtung (Schließen von Baulücken und Aufstockung niedriger Gebäude) besser zu nutzen. Industriebrachen müssen wieder nutzbar gemacht werden,
- Naherholungsgebiete und Waldflächen nicht zugunsten von Neubaugebieten zu vernichten,
- Baumbestände innerhalb der Stadt (z. B. Alleen, Parkflächen, Waldinseln) zu erhalten. Neu- und Ersatzpflanzungen sollen ökologisch sinnvoll und mit heimischen Pflanzen ausgeführt werden,
- vorhandene Grünflächen besser zu pflegen. Ortsansässige Firmen und Bürger könnten hier auch eine Art Patenschaft für einzelne Flächen (z. B. Baumscheiben, Verkehrsinseln) übernehmen,
- neue Grünflächen durch Entsiegelung zu schaffen, z. B. am Landwehrplatz,
- Fassaden der öffentlichen/städtischen Gebäude und geeignete Dachflächen zu begrünen. Miteinzubeziehen sind hier auch die zahlreichen Haltestellen-Wartehäuschen. Dort wo es möglich und sinnvoll ist, sollen Solaranlagen (Überdachung der Saarbahnhaltestellen) und Kleinwindkraftanlagen (Vertikalturbine) errichtet werden,
- Bürger bei der Begrünung/Renaturierung ihrer Vorgärten zu unterstützen,
- Ausweitung von Schulgarten-Projekten, ggf. in Zusammenarbeit mit örtlichen (Gartenbau-) Vereinen,
- den ZKE zu veranlassen, die Container regelmäßiger zu leeren und deren Standorte sauber zu halten. Möglichkeiten einer Füllstandsanzeige sind zu prüfen,
- Bezugsgutscheine für städtischen Kompost bei Abgabe von Grünschnitt und gleichzeitige Überprüfung der Gebührenordnung,
- die öffentliche Lade-Infrastruktur ebenso wie die in Parkhäusern auszubauen. Systeme wie „Ladebuchse im Bordstein“ können hier eine sinnvolle Ergänzung zu klassischen Ladesäulen sein,
- Wasserstoff-Erzeugungsanlagen und –Tankstellen zu fördern und
- überschüssige Solar- und Windenergie im Sommer zur Erzeugung von Wasserstoff zu verwenden, anstatt Anlagen abzuschalten.

Digitalisierung der Verwaltung und Bürgerdienste

Lebendige Bürgerkommune

Unsere Kommunen können nur dann lebenswert sein, wenn sie über ein funktionierendes Angebot an öffentlichen Einrichtungen und zusätzlich über Interesse und Engagement ihrer Bürger verfügen. Das Ziel der FDP Saarbrücken ist die Realisierung einer echten Bürgerkommune, in der gegenseitige Rücksichtnahme, Mitbestimmung, Beteiligung und Transparenz aktiv gelebt werden. Dazu streben wir einen engen Austausch zwischen den Bürgern untereinander und ihren gewählten Vertretern an.

Deshalb will die FDP Saarbrücken

- die Stellung der Stadtverordneten und Bezirksratsmitglieder verbessern und deren ehrenamtlicher Arbeit mehr Publizität geben, z. B. durch die Übertragung der Sitzungen von Stadtrat und Ausschüssen per Livestream im Internet,
- mehr Transparenz in der Kommunalpolitik durch die Weiterentwicklung eines Ratsinformationssystems über die Sitzungen des Stadtrates und seiner Fachausschüsse sowie vermehrte Veröffentlichung wichtiger Unterlagen (Einladungen, Niederschriften, Anträge, Verwaltungsvorlagen),
- durch Bürgerbeteiligungsverfahren den sachorientierten Diskurs verstärken und eine breitere Akzeptanz für politische Entscheidungen erreichen,
- die Einrichtung eines digitalen Kummerkastens, durch den Vorschläge und Beschwerden der Bürger niederschwellig aufgenommen und bearbeitet werden,
- die Vielfalt der Vereine tunlichst erhalten, die durch ihre zumeist von Ehrenamtlern erbrachten Leistungen für unser Gemeinwesen von unschätzbarem Wert sind,
- eine konsequente Kinder- und Jugendbeteiligung; als Sprachrohr der jungen Generation sollte alsbald ein Jugendbeirat eingerichtet werden,
- die Organisation von Zukunftswerkstätten, in denen Zielvorstellungen für die Jahrzehnte im Rahmen von Bürgerbeteiligungsverfahren diskutiert werden,
- besondere Rücksichtnahme auf die Belange von Kindern, Senioren und Menschen mit Behinderungen, z. B. durch Barrierefreiheit im gesamten öffentlichen Raum sowie
- bessere Rahmenbedingungen und kontinuierliche Bemühungen um eine schnellstmögliche Integration von Neubürgern.

Digitalisierung

Die Schaffung einer modernen, bürgernahen und digitalen Verwaltung liegt gleichermaßen im Interesse von Bürgern und Mitarbeitern der Kommunalverwaltung.

Sie bietet die Möglichkeit, Angelegenheiten schneller, anwendungsfreundlicher und günstiger zu regeln. Trotz gesetzlicher Erfordernisse sind bisherige Bemühungen im Bereich der Digitalisierung meist nur halbherzig oder umständlich umgesetzt. Damit muss nun Schluss sein. Es muss endlich eine umfassende, praxisorientierte und gut durchdachte Digitalisierungsstrategie realisiert werden. Wir benötigen ein Umdenken von Seiten der Verwaltung sowie einen strategischen Aufbau von Know-how.

Dazu fordert die FDP Saarbrücken

- alle kommunalen Behördenangelegenheiten, die rechtlich keine persönliche Anwesenheit erfordern, sollen zukünftig online beantragt und bearbeitet werden können. Hierzu zählen vor allem Dienstleistungen wie Melde- und Bauangelegenheiten, Entsorgungsangelegenheiten, Kfz-Angelegenheiten etc. Durch die Inanspruchnahme digitaler Behördendienste haben Bürger rund um die Uhr die Möglichkeit, Behördengänge online zu erledigen, anstatt auf die Öffnungszeiten der Behörden angewiesen zu sein,
- Verwaltungs- und Arbeitsabläufe sind im Rahmen der Digitalisierung auf die Probe zu stellen, neu zu denken und zu verbessern. Es muss eine echte Digitalisierung der verwaltungsinternen Arbeitsabläufe stattfinden, kein Abbilden von analogen Prozessen im digitalen Raum,
- die digitalen Angebote sind so zu gestalten, dass sie die Teilhabe vieler Bürger ermöglichen. Dazu gehören eine einfache und intuitiv zu benutzende mehrsprachige Oberfläche mit einfacher Sprache und einer barrierefreien Gestaltung, ein „responsives“ Design (optimiertes Layout jeweils für Smartphones, Tablets, Desktops), eine einmalige und einfache Registrierung für alle relevanten Verfahren und Dienste,
- Online-Tutorials und ein telefonischer Ansprechpartner sollen die Benutzer bei individuellen Problemen unterstützen.

Aber es darf für die Bürger keinen Zwang zur Digitalisierung geben. Eine angemessene und attraktive Ausstattung der Dienststellen mit Bürgerkontakt (Erreichbarkeit und Öffnungszeiten) muss also weiterhin gewährleistet sein.

Wirtschaft

Die Wirtschaft bestimmt den Herzschlag der Stadt; ihrer Entfaltung muss höchste Priorität beigemessen werden. Das sollte Konsens sein zwischen der Bürgerschaft und der Stadtverwaltung und ihren Bediensteten.

Saarbrücken ist nicht nur Landeshauptstadt und Oberzentrum. Saarbrücken ist für die ganze Region das Zentrum von Handel und Dienstleistungen, von Handwerk und produzierendem Gewerbe. Die Stadt bietet über 110.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Diese grenzübergreifende Bedeutung der Stadt wollen wir Freie Demokraten erhalten und ausbauen. Angesichts des dramatischen Strukturwandels, der schon Zehntausende von Arbeitsplätzen im Saarland gekostet hat und weitere kosten wird, ist wichtigstes Ziel der Politik die Erhaltung der ansässigen Unternehmen, ebenso wie die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Ansiedlung von neuen Unternehmen, Handwerksbetrieben, Selbstständigen und Freiberuflern. Wirtschaftspolitik und Ansiedlungspolitik sind nicht nur Aufgaben der Landesregierung, sondern in besonderer Weise auch der Kommunen, das heißt: vor Ort.

Wir Freie Demokraten wollen die bestmögliche Förderung der Wirtschaft durch günstige Rahmenbedingungen und Bereitstellung einer entsprechenden Infrastruktur in der Landeshauptstadt.

Wir fordern dazu

- die Einrichtung eines Büros für Wirtschaft als One-Stop-Shop im Rathaus unter Leitung des Wirtschaftsdezernenten („Rat und Tat für Unternehmer“),
- eine nachdrücklich gezieltere Ansiedlungspolitik,
- die Beseitigung aller Hürden für unternehmerisches Denken und Handeln,
- großzügige und beschleunigte Genehmigungsverfahren,
- die Abschaffung aller Doppelstrukturen der Verwaltung mit dem Regionalverband,
- eine bessere Kooperation mit den Umlandgemeinden (Arbeitsteilung bei Versorgungseinrichtungen wie Krankenhäuser, Feuerwehren, Schwimmbäder, Sporthallen, Bauämter),
- die Digitalisierung einer bürgernahen Verwaltung als Smart City mit Nachdruck voranzutreiben,
- den Ausschluss von Erhöhungen der Gewerbesteuer und der Grundsteuer in den nächsten Jahren,
- ein aktives und effektives Leerstands- und Flächenmanagement (u. a. schnellstmöglich neue Nutzung des zentralen Finanzamt-Grundstücks),
- den Bau einer neuen Halle für alle Veranstaltungsarten. Die bestehenden maroden Hallen (Saarlandhalle und Congresshalle) werden immer wieder mit erheblichem finanziellen Aufwand ertüchtigt. Schlussendlich bleibt jedoch die veraltete Technik und das alte Raumkonzept. Sinnvoller wäre es, eine einzige neue Allzweckhalle zu bauen, mit moderner Technik und zeitgemäßem Raumkonzept,
- die Entwicklung eines vernünftigen Event- und Messekonzeptes mit dem Ziel, Saarbrücken zur bedeutendsten Veranstaltungs- und Meetingmetropole im Südwesten auszubauen,
- eine bessere Integration der Universität in die Stadt durch eine bessere ÖPNV-Anbindung und den Bau neuer Institute in der Stadt; dies käme unter anderem den vielen von der Universität aus gegründeten Startups zugute.

Sicherheit und Sauberkeit

Sicherheit

Die FDP Saarbrücken fordert

- dem Thema Sicherheit bei der Stadtplanung eine größere Bedeutung beizumessen. Schon in die Bauleitplanung müssen polizeiliche Erkenntnisse einfließen, um so das Entstehen von Kriminalitätsschwerpunkten möglichst zu verhindern. Öffentliche Räume dürfen keine Angsträume, sondern müssen Frei(heits)räume sein,
- in Angsträumen durch bauliche Veränderungen und bessere Beleuchtung den Bürgern ein erhöhtes Sicherheitsgefühl zu vermitteln,
- von der Stadtverwaltung, in Gesprächen mit dem Land auf eine personell, finanziell und sachlich bessere Ausstattung der Saarbrücker Polizei als Voraussetzung für ihre auch künftig gute Arbeit hinzuarbeiten,
- mehr örtliche Polizeipräsenz, zumindest an Kriminalitätsschwerpunkten (z. B. auch durch mobile Wachen),
- eine moderne aufgabengerechte Ausstattung der Feuerwehr,
- von der Bevölkerung mehr Respekt gegenüber den Bediensteten von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten.

Sauberkeit

Sicherheit und Sauberkeit stehen in engem Zusammenhang.

Wir Freie Demokraten setzen uns ein

- für eine saubere Landeshauptstadt und für eine intensivere Sauberhaltung und Reinigung öffentlicher Plätze,
- für eine konsequente Sanktionierung wilder Abfallentsorgungen,
- für Werbehinweise zu den Themen Mülleimer im Stadtgebiet, Entsorgung von Zigarettenkippen und Plastikflaschen, „Dreck-Weg-Telefon“ des ZKE und Einhaltung der Plakatierungsvorschriften.

Von besonderer Dringlichkeit sind zwei Themen:

- der Zustand der von Q-Park betriebenen Parkhäuser muss endlich stärker thematisiert werden. Hier gilt es, mehr Sauberkeit und Sicherheit einzufordern und auch den Drogenhandel an diesen Orten zu unterbinden. Eine frühestmögliche Kündigung des Vertrages mit der Landeshauptstadt soll geprüft werden,
- der Bürgerpark im Herzen Saarbrückens mit direkter Nähe zur Innenstadt und zur Congresshalle sollte eigentlich zu Spaziergängen einladen oder als Veranstaltungsort dienen. Stattdessen wird die Anlage seit Jahren immer weiter zugemüllt; sie dient überwiegend als Sammelpunkt der Drogenszene. Die FDP Saarbrücken fordert daher, dass der Park wieder allen Bürgern sicher zugänglich gemacht wird und die Müllberge beseitigt werden. Hierzu gehört ein umfassendes Konzept zur Wiederherstellung von Sicherheit und Sauberkeit.

Verkehr, Bauen und Wohnen

Verkehr

Als Landeshauptstadt, Arbeitsstandort und Wohnort leidet Saarbrücken seit langem unter einer hohen Verkehrsdichte. Die Belastungen hieraus gilt es zu vermindern; dazu fordern wir

- die längst überfällige Realisierung der Südumfahrung; durch sie könnte ein großer Anteil des Durchgangsverkehrs von der Innenstadt ferngehalten werden,
- eine Optimierung der Ampelschaltungen im Sinne einer grünen Welle, zumindest auf den Hauptverkehrsachsen; dadurch werden Lärm- und Schadstoffemissionen verringert und ein schnelleres Abfließen des Verkehrs gewährleistet,
- eine sinnvolle Verkehrsberuhigung, z. B. sollte Tempo 30 nur außerhalb der Hauptverkehrsachsen Anwendung finden,
- eine weitgehende Vermeidung des Parkplatzsuchverkehrs durch ein elektronisches Parkleitsystem sowie die Aufnahme dieser Daten in Navigationssysteme bzw. Apps,
- die vermehrte Schaffung von Park & Ride-Parkplätzen nahe den großen Einfallstraßen mit ÖPNV-Anschluss,
- Sonderparkmöglichkeiten für Handwerker in der Innenstadt,
- eine bessere Nutzung städtischer Parkplätze beispielsweise durch Freigabe der Flächen außerhalb von Dienstzeiten,
- kostenlose Kurzparkzonen und Brötchentasten.

Die Zulassung von Fahrrädern und Elektrorollern in Fußgängerzonen soll restriktiv gehandhabt werden. Schnell fahrende Kleinfahrzeuge stellen zum Beispiel auf dem St. Johanner Markt oder in der Bahnhofstraße eine Gefahr für Fußgänger dar, insbesondere für Kleinkinder und Senioren.

Bauen und Wohnen

Saarbrücken ist Wohnort, Lebensraum und Arbeitsplatz. Wohnort und Lebensraum für die Ansässigen, Erlebniswelt und Arbeitsplatz für viele Menschen auch von außerhalb.

Entscheidend für die Attraktivität Saarbrückens ist das Erscheinungsbild der Innenstadt, und zwar für Bewohner ebenso wie für Besucher, für Kunden von Einzelhandel und Dienstleistungen, für jeden Interessenten an Bildung und Kultur.

Die FDP fordert deshalb

- eine Aufwertung und Weiterentwicklung der gesamten Innenstadt. Dabei soll der Kernbereich mit Bahnhofstraße und St. Johanner Markt zwar Priorität haben, aber neben diesen sollen auch die angrenzenden Lagen wie der Bereich Kaiserstraße bis Mühlenviertel, Nauwieser Viertel und Mainzer Straße weiterentwickelt werden. Gleiches gilt für die Nebenzentren in anderen Stadtteilen, wie z. B. Deutschherrnstraße, Lebacher Straße, Hohe Straße und Dudweiler Markt. Zur Attraktivitätssteigerung gehören eine bessere Erreichbarkeit, eine höhere Aufenthaltsqualität, z. B. durch Ruhezeiten, und eine Stadtmöblierung mit Flair, eine Durchmischung von Wohn-, Arbeits-, Einkaufs- und Gastronomiebereichen und vieles mehr,
- verstärkte Bemühungen um Objekte in zentralen Lagen, welche länger leer stehen und womöglich einen verwahrlosten Eindruck machen. Die Stadt soll mit allen geeigneten Argumenten bei den Eigentümern darauf hinwirken, dass diese Gebäude gepflegt und wieder einer adäquaten Nutzung zugeführt werden,
- eine schnelle Beseitigung von Graffiti, denn wilde Graffiti-Schmierereien verschandeln viele Ecken unserer Stadt und sind ein Ärgernis für Anwohner und Hausbesitzer. Eine mobile Eingreiftruppe soll im Auftrag der Stadt diese Graffiti schnellstmöglich entfernen, um potenzielle Nachahmer zu demotivieren. Dies wird in anderen Städten bereits erfolgreich praktiziert und wäre auch für Saarbrücken eine Lösung. Die FDP setzt sich allerdings dafür ein, Flächen für legale Graffiti von Kunstschaffenden freizugeben. Positives Beispiel für eine derartig kulturelle

Bereicherung der Landeshauptstadt durch Graffitikunst ist der Urban ArtWalk, der als erstes Freilichtmuseum in Saarbrücken international renommierte Künstler nach Saarbrücken gebracht hat,

- die Erstellung eines Gesamtkonzeptes zur Umsetzung von innerstädtischen Bauprojekten. Dieses Konzept soll nachhaltig verfolgt werden und dazu führen, dass „Hau-Ruck-Aktionen“ vermieden werden, wie beispielsweise der mehrmalige Aufriss einer Straße innerhalb weniger Monate. Dies würde langfristig Zeit, Personal und Geldmittel sparen,
- eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Stadt und die Auflösung von Blockaden hinsichtlich der Zuständigkeit für Ministeriums- und sonstige Bauten des Landes und deren angrenzende Umgebung,
- einen zügigen Ausbau der Lade-Infrastruktur für die Elektromobilität, um deren gewünschter wachsender Bedeutung gerecht zu werden,
- eine Sanierung des kontaminierten Grundes im Wohngebiet ‚Im Knappenroth‘ vor einer weiteren Bebauung.

Bildung

Jeder Mensch wächst mit seiner Bildung. Bildung ist die wertvollste Ressource, die alle Chancen zum sozialen Aufstieg öffnet. Das Ziel der Freien Demokraten ist daher eine chancengerechte Bildung mit einem attraktiven Bildungs- und Betreuungsangebot.

Wir Freie Demokraten setzen uns besonders stark dafür ein, denn die bestmögliche Bildung für jeden sorgt dafür, dass alle ihre unterschiedlichen Talente und Begabungen frei entfalten können. Das Elternhaus oder die Lebenssituation dürfen dabei nicht ausschlaggebend sein, sondern Engagement und Leistungswille.

Bildung beginnt – vom Elternhaus abgesehen – in KiTa und Schule. Neben den Lerninhalten, die in die Kompetenz der Länder fallen, sind die Rahmenbedingungen, unter denen der Bildungserwerb stattfindet, von höchster Bedeutung für Motivation oder Frustration der Lernenden.

Jedes Kind im Saarland braucht die gleichen Aufstiegschancen. Bringen wir dafür die KiTas, Grundschulen und weiterführenden Schulen in die Lage, dieser Herausforderung gerecht zu werden.

Die Corona-Pandemie hat im Bildungssystem Schwächen offengelegt, begleitet von psychischen und sozialen Folgen. Deshalb braucht es jetzt wieder Normalität an den Schulen. Die Landeshauptstadt und der Regionalverband sind im KiTa- und Grundschulbereich als Personal- und Sachkostenträger gefordert, eine ansprechende Lernumgebung herzustellen.

Auch für die weiterführenden Schulen sowie in der Erwachsenenbildung gibt es einiges zu tun.

Im Einzelnen fordern wir für die unterschiedlichen Bereiche

1. im **vorschulischen Bereich**

- die Stärkung der frühkindlichen Bildung,
- ein ausreichendes Angebot an wohnortnahen Betreuungsmöglichkeiten und KiTa-Plätzen,
- den weiteren Ausbau von KiTa-Plätzen durch ein Investitionsprogramm,
- einen fachlich fundierten Einsatz von digitalen Medien mit angemessener technischer Ausstattung,
- eine Fokussierung auf die Verbesserung der Betreuungsrelation sowie der Sprachförderung und ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot,
- eine ebenbürtige Förderung Freier Träger,

2. im **Grundschulbereich**
 - den zeitnahen Ausbau gehaltvoller Ganztagsangebote,
 - den sinnvollen gemeinsamen Einsatz von Fachkräften im schulischen und außerschulischen Bereich,
 - eine Modernisierung der Schulverwaltung,
 - eine einfache sowie einheitlich und verständlich aufgebaute Netzwerk-Infrastruktur mit der Bereitstellung und Wartung von Serverdiensten, Software und digitalen Endgeräten inkl. Telefonhotline und Endgeräte-Service,
 - den zeitnahen Anschluss aller Schulen an das Glasfasernetz,
 - die Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Bildungsengagements und die Einbindung außerschulischer Akteure sowie
 - die internationale Grundschule und ihren Umzug nach Dudweiler,

3. im Bereich der **Gemeinschaftsschulen und Gymnasien**
 - die verlässliche Sozialarbeit an Gemeinschaftsschulen und Gymnasien,
 - den zeitnahen Anschluss aller Schulen an das Glasfasernetz,
 - die Umsetzung des Digitalpaktes Schule, das vor Ort durch Service-, Beratungs- und Vernetzungsangebote unterstützt wird,
 - für die Schülergeräte eine Software, die Missbrauchsmöglichkeiten möglichst ausschließt,
 - die digitale Lernmittelfreiheit für bedürftige Schülerinnen und Schüler,
 - eine Modernisierung der Schulverwaltung,
 - wie für die Grundschulen eine Netzwerk-Infrastruktur mit der Bereitstellung und Wartung von Serverdiensten, Software und digitalen Endgeräten inkl. Telefonhotline und Endgeräte-Service,

4. im Bereich der **Erwachsenenbildung**

Förderprogramme für Volkshochschulen und andere gemeinnützige Bildungseinrichtungen, insbesondere zugunsten von Seniorinnen und Senioren und

5. im Bereich der **Förderschulen**

den Erhalt der Förderschulen im Regionalverband Saarbrücken.

Kultur

Kultur ist die schönste Tochter der Freiheit. Sie ist eine unverzichtbare Grundlage einer offenen Bürgergesellschaft. Eine lebendige Kulturszene ist Quelle von Identität und Kreativität, sie schafft somit ein lebendiges und vielfältiges Lebensumfeld; sie ist ein Indikator für die Lebensqualität in Saarbrücken und ein wesentlicher Standortfaktor im Wettbewerb der Städte untereinander.

In Saarbrücken befinden sich die wichtigsten Bildungs- und Kultureinrichtungen des Landes, wie die Universität, Fachhochschulen, Theater, Museen, Medienanstalten. Nicht zu vergessen die touristischen Sehenswürdigkeiten der barocken Residenzstadt an der Grenze. Die Chancen, die sich daraus für die Stadt und ihre Menschen ergeben, besser und mehr als bisher zu nutzen, ist Aufgabe einer zukunftsorientierten Kommunalpolitik.

- Für die FDP ist die Förderung von Kunst und Kultur somit ein zentrales Anliegen; daher fordern wir
- das Thema Kultur zur Chefsache zu machen und den kulturellen Einrichtungen finanzielle Mittel in angemessener Höhe zur Verfügung zu stellen; dies gilt vor allem für Stadtgalerie, Filmhaus, Kleines Theater, Stadtarchiv, Stadtbibliothek und Saarbrücker Zoo in Trägerschaft der Stadt, aber auch für Institutionen der Freien Szene, wie das Theater im Viertel, das KuBa am Eurobahnhof und das Kino 8 ½,
 - den Erhalt und die langfristige Sicherung aller Veranstaltungen, die sich großer Beliebtheit erfreuen und als Besuchermagneten wirken, wie z. B. das Filmfestival Max-Ophüls und das Festival Perspectives, das Saar-Spektakel oder die Weihnachtsmärkte im DFG, am Schloss und am St. Johanner Markt, als auch verschiedene Konzertveranstaltungen,
 - einen Masterplan bzw. einen umfassenden Kulturentwicklungsplan, der sowohl die kulturellen Einrichtungen der Landeshauptstadt Saarbrücken, als auch die freie Kulturszene verbindet, außerdem ein jährliches Kulturprogramm mit hoher Strahlkraft in die gesamte Region,
 - das deutsch-französische Profil sowie die QuattroPole stärker in den Vordergrund der städtischen Kulturarbeit zu stellen, wobei sich dies stetig im Veranstaltungsprogramm widerspiegeln und zusätzlich durch hochkarätige Veranstaltungen unterstrichen werden sollte. Beispielsweise sollten der Kunstpreis Robert Schuman und der Musikpreis Théodore Gouvy aufgewertet werden und der grenznahe Kulturaustausch mit den Gemeinden Forbach, Grosbliederstroff, Sarreguemines und Saint-Avold durch Veranstaltungen mit einem populären Programm angestoßen bzw. forciert werden.

Es ist uns ein besonderes Anliegen, Kindern und Jugendlichen das Thema Kultur nahezubringen, denn die eingehende Auseinandersetzung mit Musik, Theater, Literatur und Bildender Kunst führt zu einer umfassenden Bildung, fördert die soziale Kompetenz, verstärkt die Kreativität und erbringt positive Gemeinschaftserlebnisse.

Deshalb fordern wir

- kulturelle Bildung durch verschiedene Angebote bereits in den Kindertagesstätten und in den Grundschulen aktiv erlebbar zu machen. Dazu sollten dann, nach Öffnung der Lehr- und Förderpläne, Projekte von der städtischen Musikschule, dem städtischen Kulturamt, aber auch von örtlichen Initiativen, Vereinen und engagierten und befähigten Künstlern angeboten werden,
- die Öffnung verschiedener Kulturinstitutionen (u. a. Staatstheater, Moderne Galerie, Historisches Museum, KuBa) mit interessanten Angeboten für KiTa-Gruppen und Schulklassen.

Gesundheit

Die Schließung des Krankenhauses in Dudweiler, die Schließung des Evangelischen Krankenhauses in der Saarbrücker City sowie der Augenklinik auf dem Winterberg in der jüngsten Vergangenheit haben unmissverständlich klargemacht, dass im Gesundheitswesen große Veränderungen stattfinden, die Antworten erfordern. Das gilt nicht nur für die Bundes- oder Landesebene, sondern auch für die ureigene Saarbrücker Gesundheitspolitik.

Im Mittelpunkt der gesundheitlichen Versorgung steht für uns Freie Demokraten immer der Patient. Leitlinien unserer Gesundheits- und Pflegepolitik sind daher neben der umfassenden Information der Bürger vor allem die Vorsorge, eine flächendeckende Versorgung mit hochwertigen gesundheitlichen und pflegerischen Dienstleistungen sowie die freie Arzt- und Krankenhauswahl.

Die FDP Saarbrücken fordert

- die Einhaltung der gesetzlichen Verpflichtung des Landes zu ausreichenden Investitionen in die Krankenhäuser; nur so kann die noch vorhandene Qualität und Vielfalt in der Krankenhauslandschaft erhalten bleiben,
- den Zugang von Patienten zu Krankenhäusern grenzüberschreitend zu gewährleisten, durch Schaffung einer Gesundheitsregion im Bereich des Eurodistricts SaarMoselle,
- eine Stärkung des städtischen Klinikums auf dem Winterberg durch Steigerung der Qualität, der Wirtschaftlichkeit und der Wettbewerbsfähigkeit des Klinikums, sowie eine intensivere Kooperation mit anderen Krankenhäusern in der Region zur Bildung von fachlichen Schwerpunkten und zur Vermeidung von Doppelstrukturen,
- eine bessere Verzahnung zwischen ambulanten, stationären und pflegerischen Angeboten,
- eine Weiterentwicklung des Gebäude-Komplexes des ehemaligen Evangelischen Krankenhauses zu einem modernen Gesundheitsstandort,
- eine elektronische Gesundheitsplattform für alle Einwohner in Saarbrücken, die später auf den Regionalverband und auf das Land ausgeweitet werden kann. Ziel ist die Vernetzung aller medizinischen Dienstleister, vom Krankenhaus und Seniorenheim über den Haus- und Facharzt bis zum Physiotherapeuten und Pflegedienst. Dadurch kann auch eine ambulante, menschliche, wohnortnahe und hochqualifizierte medizinische Grundversorgung in freien Arztpraxen gewährleistet werden,
- die erneute Einrichtung eines beratenden Gesundheitsgremiums für Saarbrücken, das u. a. die Einführung der Gesundheitsplattform begleiten soll,
- eine Reform der medizinischen Not- und Bereitschaftsdienste im Bereich des Regionalverbandes mit Steigerung der Qualität und Verkürzung der Wartezeiten.

Sport

Sport ist der Gesundheit des Menschen förderlich und ein wichtiges Mittel der gesellschaftlichen Teilhabe. Er verbindet Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten mit verschiedenen kulturellen, religiösen und privaten Hintergründen. Das Vereinsleben spielt dabei eine wichtige Rolle; es stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und bringt Angehörige verschiedener Nationalitäten in einen Austausch. Sport ist Bildung und dient der individuellen, sozialen und persönlichen Entwicklung. Sportvereine sind deshalb in besonderem Maße schützenswert – gerade auch seitens der Stadt.

Wir Freie Demokraten bekennen uns daher zur Förderung des Breiten- und Spitzensports in Saarbrücken. Dazu fordern wir konkret

- eine breite Förderung verschiedenster Sportarten. Sport ist Gesundheitsvorsorge. Mediziner warnen seit Jahren vor einem Bewegungsmangel von Kindern und Jugendlichen. Die FDP spricht sich daher für die Modernisierung und den Ausbau von Bolzplätzen und Freizeitanlagen aus, um Jugendliche weg vom Bildschirm und an die frische Luft zu bringen,
- den Erhalt der Sportplätze, Schwimmbäder sowie sonstigen Sport- und Mehrzweckhallen. Die defizitäre Situation der Sportstätten in der Landeshauptstadt ist hinlänglich bekannt. Die Stadtverwaltung ist gefordert, ein schlüssiges Konzept zum nachhaltigen und kostendeckenden Betrieb vorzulegen und gleichzeitig als einwohnerstärkste Kommune des Saarlandes auf die Landesregierung einzuwirken, eine ganzheitliche Lösung zum Erhalt und zur Modernisierung von Sportstätten zu erarbeiten,
- Hilfestellung bei der Gewinnung von Mitgliedern. Zunehmende Unterrichts- und Betreuungsangebote, vor allem an Ganztagschulen, stellen viele Vereine vor neue Herausforderungen, und die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft macht neue Konzepte zur Mitgliedererwerbung notwendig,

- einen Ausbau des städtischen Online-Angebotes für Vereine. Auf der Homepage und in der Saarbrücken-App sollten alle Vereine die Möglichkeit haben, sich vorzustellen und damit für sich zu werben. Auch für Saarbrücken wäre ein Hinweis auf das reichhaltige und abwechslungsreiche Vereinsleben ein Mehrwert,
- Hilfestellung für Vereine und ihre Vorstände im Umgang mit Gesetzen und Vorschriften. Oft scheitern Initiativen an den Auflagen. Die FDP möchte daher, dass die Verwaltung in ihrem Zuständigkeitsbereich Vorschriften soweit wie möglich vereinfacht,
- die herausragende Arbeit von Ehrenamtlichen in Sport- und anderen Vereinen und Verbänden zu stärken – ohne deren Engagement wäre die Existenz vieler Vereine in höchstem Maße gefährdet – und nicht durch eine Vielzahl von Vorschriften und überbordenden Bürokratismus zu erschweren,
- Unterstützung zur Beratung der Vereine bei der Planung von Veranstaltungen in rechtlichen Fragen durch die Stadt,
- eine maßvolle Kalkulation der Gebühren, die Vereinen für die Nutzung von Hallen, Häusern und Räumen auferlegt werden, sowie eine nutzerabhängige Differenzierung der Gebühren,
- nach der Fertigstellung des Ludwigsparks und der enormen Kostensteigerung braucht es eine Aufarbeitung durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, damit sich vermeidbare Fehler bei zukünftigen großen Bauvorhaben nicht wiederholen,
- die Erstellung eines schlüssigen Konzeptes zur Vermarktung und zum nachhaltigen Betrieb des Ludwigsparkstadions. Dies sollte auch die Erschließung weiterer Einnahmen, z. B. durch die Vermarktung der Namensrechte beinhalten.

Soziales

Soziales, Inklusion, Integration, Gleichstellung

Ziel der Sozialpolitik ist es, ein Gesellschafts- und Wirtschaftssystem zu formen, das alle gesellschaftlichen Schichten und Gruppierungen akzeptieren können, weil sie ihre jeweiligen Interessen als hinreichend berücksichtigt beurteilen.

Für uns Freie Demokraten macht eine gute Sozialpolitik im Kern aus, dass sie die Freiheit und die Eigenverantwortung der Menschen fördert und ihnen Hilfe zur Selbsthilfe anbietet. Wir wollen Menschen in schwierigen Lebenslagen dabei helfen, wieder ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu führen. Außerdem wollen wir durch präventive Maßnahmen in möglichst vielen Fällen dazu beitragen, dass so wenige Menschen wie möglich auf staatliche Hilfe angewiesen sind.

Konkret fordert die FDP Saarbrücken

- die Einrichtung eines mit den Sozial- und Hilfsangeboten direkt vernetzten One-Stop-Shops als zentrale Servicestelle für Hilfesuchende, damit alle relevanten Leistungen für diese Personengruppe unter einem Dach festgestellt, dazu beraten und an sozialräumliche Angebote direkt angebunden und vermittelt werden, so dass mehr Betroffene von den bestehenden Angeboten profitieren können,
- das „Neue-Deutschland-Tempo“ auch in Verfahren zu sozialen Sach- und Geldleistungen anzuwenden, damit Hilfe dann ankommt, wenn sie gebraucht wird,
- die konsequente und direkte Zusammenarbeit zwischen den kommunalen Behörden und denen des Landes, wie vom Gesetzgeber vorgesehen, zur Vereinfachung und Beschleunigung von Sozialverfahren,
- die Digitalisierung und Vernetzung der Sozialleistungsträger für deutlich mehr Service für den Bürger und eine beschleunigte Antragsprüfung,
- die Weiterführung des „Runden Tisches“ mit Land, Regionalverband und den relevanten Sozialhilfeträgern und Vereinen in der Obdachlosenhilfe, zur Verfolgung des 5-Punkte-Plans zur

- Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit im Saarland,
- die Erstellung eines Konzeptes für einen bedarfsgerechten sinnvoll gestalteten und betriebenen Platz für Randständige,
- die Entwicklung weiterer Ausstiegskonzepte und Angebote für Randständige, die vor Ort angeboten werden sollen,
- die Schließung des sog. „Pavillons“ in der Johannisstraße, nachdem das Konzept für Randständige an anderer Stelle umgesetzt wurde,
- mehr Barrierefreiheit in kommunalen Gebäuden, in der Zugänglichkeit und in sanitären Bereichen,
- den langfristigen Erhalt des städtischen Jugendhilfezentrums, das einen wichtigen Beitrag dazu leistet, dass Saarbrücken seinem sozialen Auftrag für Kinder und Jugendliche nachkommen und ihnen eine Hilfestellung geben kann,
- die Fortführung der Gemeinwesenarbeit (GWA) in Saarbrücken, die sich bewährt hat und als bundesweit anerkanntes Vorzeigeprojekt gilt.

Senioren

Seniorenpolitik hat für die FDP einen eigenen Stellenwert, nicht zuletzt, weil Aufmerksamkeit für Ältere zum liberalen Menschenbild gehört, und weil der demographische Wandel diese besondere Aufmerksamkeit erfordert.

Die Stadt Saarbrücken hat ein respektables seniorenpolitisches Konzept entworfen. Bei der Realisierung der dort beschriebenen Leitziele sollten allerdings Prioritäten gesetzt werden. Die Stadt sollte vorrangig alle Initiativen unbürokratisch unterstützen, bei denen ältere Menschen Verantwortung für sich und andere übernehmen.

Die FDP fordert deshalb, dass

- die Stadt die besonderen Belange und Bedürfnisse älterer Menschen bei allen Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur, insbesondere bei der Bau- und Verkehrsplanung, besonders berücksichtigt,
- Stadtrat und Stadtverwaltung in allen wichtigen Senioren betreffenden Angelegenheiten den Seniorenbeirat mit einbezieht und diesen finanziell angemessen unterstützt,
- die Stadt die Zusammenarbeit mit dem Regionalverband in Seniorenfragen weiter verbessert,
- Stadtrat und Stadtverwaltung alle Verantwortungsgemeinschaften älterer Menschen fördern, wie z. B. Netzwerke, gute Nachbarschaft und gemeinsame Wohnprojekte,
- die Seniorenarbeit personell und finanziell in die Lage versetzt wird, die Empfehlungen aus dem 7. Altenbericht der Bundesregierung umzusetzen und bei der Suche nach Räumlichkeiten für Treffpunkte von Senioren in den Quartieren zu unterstützen,
- die Verwaltung sowohl den öffentlichen Raum als auch ihre Publikumsämter möglichst barrierefrei gestaltet,
- schnellstmöglich mehr öffentliche Toiletten in der Innenstadt in Zusammenarbeit mit privaten Anbietern installiert werden,
- der ÖPNV seniorengerecht ausgestattet wird.

Finanzen und Haushalt

Eine solide Finanzpolitik ist für die FDP die Grundlage jeglichen politischen Handelns. Die hohe Verschuldung der Stadt Saarbrücken begrenzt ihre Handlungsfähigkeit. Das weitere Anwachsen der Schulden muss daher tunlichst vermieden werden; daher muss auch die Realisierung von Großprojekten (z.B. CCS bzw. Neubau einer Halle für alle Arten von Veranstaltungen) sehr wohl abgewogen werden. Strenge Sparsamkeit ist geboten, und alle ausgabenwirksamen Forderungen (auch in diesem Programm) müssen unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden. Grundsätzlich ist investiven Ausgaben der Vorzug gegenüber konsumtiven Ausgaben zu geben.

Die FDP fordert

- einen Ausgleich der Kosten bei künftigen Aufgabenübertragungen (von Bund oder Land auf die Stadt),
- Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und Quartalsberichte über die aktuelle Haushaltssituation, um frühzeitiges korrigierendes Eingreifen zu ermöglichen,
- die mehr als 80 Beteiligungen der Stadt Saarbrücken auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen (z. B. die GIU wie auch das IKS) und gegebenenfalls zu veräußern. Die verbliebenen Beteiligungen müssen strengste Kostendisziplin üben und zusätzliche Einnahmen generieren. Sie sind unter dem Dach einer Konzernholding mit einheitlicher Leitung zusammenzuführen, insbesondere um Synergieeffekte zu erzielen und ein einheitliches Controlling zu gewährleisten,
- die interkommunale Zusammenarbeit mit dem Ziel zu stärken, durch Abbau von Doppelstrukturen Kosten zu senken; dazu bietet sich an: eine Zusammenlegung der drei Unteren Bauaufsichtsämter in Völklingen, Saarbrücken und beim Regionalverband zu einem Amt beim Regionalverband Saarbrücken, sowie eine Zusammenlegung der Jagd- und Waffenbehörden von Landeshauptstadt und Regionalverband,
- eine grundlegende Überprüfung von Ämterstrukturen und ein umfassendes Personalkonzept der Stadt Saarbrücken mit dem Ziel der Verschlinkung des Verwaltungsapparates,
- eine strikte Trennung zwischen hoheitlich und privatwirtschaftlich zu erfüllenden Aufgaben. Alle Aufgaben, die nicht zwingend von der Verwaltung erledigt werden müssen, sollen von privaten Unternehmen mit deren Wissen und Leistungskraft erledigt werden. Lediglich hoheitliche Tätigkeiten sollen von der Verwaltung in eigener Verantwortung und ohne Zuhilfenahme externen Sachverständigen erfüllt werden. Dadurch freiwerdende Kapazitäten sollen abgebaut werden,
- die Stadt Saarbrücken soll die Neuberechnung der Grundsteuer nicht dazu nutzen, die Grundsteuer-Einnahmen zu erhöhen. Der Hebesatz muss wirtschafts- und mieterverträglich festgesetzt werden. Bei der Umsetzung der Grundsteuerreform setzen wir Freie Demokraten auf das unbürokratische und praxistaugliche Flächenmodell und damit eine alleinige Anknüpfung der Grundsteuer an die Grundstücksfläche.

Visionen für ein fortschrittliches, liebens- und lebenswertes Saarbrücken

Uns Freien Demokraten sind neben den vielen dargelegten Anregungen und Forderungen auch ganz konkrete Ziele und Visionen wichtig, die aus unserer Sicht für ein fortschrittliches, weltoffenes, liebens- und lebenswertes Saarbrücken stehen. Folgende Projekte sollen Saarbrücken endlich voranbringen.

Bundesgartenschau

Mut zum Leuchtturmprojekt mit bundesweiter Strahlkraft. Wir setzen uns dafür ein, dass sich Saarbrücken als Austragungsstandort einer Bundesgartenschau bewirbt. Wir sehen den großen Nutzen einer nachhaltigen Stadtentwicklung, insbesondere für die Bereiche Kultur, Tourismus, Handel und die innerstädtische Mobilität. Der sich daraus ergebende Benefit hätte nicht nur eine kurzfristige Wirkung, sondern Saarbrücken könnte mit den vielen Fördergeldern, welche im Zuge einer BuGa vergeben werden, die Stadt nachhaltig und innovativ für ihre Bürger und Gäste nach vorne bringen und zeigen, welches großes Potential die Stadt hat. Mit einer Bundesgartenschau in Saarbrücken bringen wir die Landeshauptstadt wieder auf die Karte.

Autobahnumfahrung der Innenstadt

Statt einer Ausbremsung des Verkehrs in der Innenstadt durch Maßnahmen wie Tempo 30 oder Lärmschutzmauern, die das Problem der Stadtteilung nicht lösen, fordern wir eine sinnvolle Verlagerung des Durchgangsverkehrs, damit dieser nicht zuerst durch die Innenstadt gelenkt wird. Insbesondere die bereits seit langem geforderte Südumfahrung der Landeshauptstadt bietet ein enormes Potential zur Verbesserung der Lebensqualität in unserer Stadt. Damit würde die Innenstadt effektiv von Verkehrslärm und Luftverschmutzung entlastet und beruhigt.

Leben mit und am Wasser

Nach der Fertigstellung der Umfahrung könnten durch einen teilweisen Rückbau der Stadtautobahn bzw. eine Umwandlung in eine Hauptstraße zwei jetzige Spuren zu einer attraktiven Uferpromenade an der Saar werden. Zu dieser passend möchten wir generell das beidseitige Ufer- und Promadenleben am und mit dem Wasser in Saarbrücken fördern. Hier liegt die Landeshauptstadt zurzeit weit hinter ihren Potentialen zurück. Wir fordern den Ausbau von Möglichkeiten, mit der Saar zu interagieren – von Gastronomien, die das Wasser mit einbeziehen, bis hin zu einem Wassertaxi/Wasserbus als Teil des ÖPNV, das zwischen der Congresshalle und dem Osthafen, natürlich mit Zwischenstationen, Shuttlefahrten durchführt. Darüber hinaus können die begrünten Promenaden mit Fußgängerbrücken verbunden werden. So kann die seit Jahrzehnten durch die A 620 geteilte Stadt zusammenwachsen. Leben am und mit dem Wasser gilt nicht nur an den beiden Uferpromenaden. Mit einer Wassertaxi-Verbindung bis zum Osthafen bezöge man das Gebiet in die Innenstadtentwicklung mit ein und könnte dadurch entlang der Brebacher Landstraße ein Leben und Wohnen an den Daarler Wiesen und an der Saar entwickeln.

Kulturmeile Saarbrücken

Die FDP fordert, dass sich die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten und zusammen mit dem Land, der Hochschule für Musik, dem Staatstheater und der Modernen Galerie für den Auf- und Ausbau einer Kulturmeile inklusive geeignetem Konzertsaal über dem Parkdeck zwischen Staatstheater und Hochschule für Musik einsetzt. Bei anstehenden Sanierungen und Neubauten dürfen nicht nur Einzelprojekte angedacht werden, sondern der Fokus muss auf dem Gesamtprojekt liegen, damit endlich echte Synergieeffekte entstehen können. Neben dem Gewinn für die Kultur wäre dies ebenso ein Gewinn für die Gäste der Einrichtungen und des gesamten Kulturangebotes der Landeshauptstadt, was wiederum touristisch vermarktet werden könnte.

Schlusswort

„Das Wichtigste im Staat sind die Gemeinden, und das Wichtigste in der Gemeinde sind die Bürger.“

Dieses Zitat von Theodor Heuss, dem Gründungsvorsitzenden der FDP und ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, stand und steht für **Motivation und Ziel der Kommunalpolitik der FDP in Saarbrücken – das Wohl der Bürger.**